

Soldaten in Mexiko eröffnen das Feuer auf protestierende Indigene

28.07.2015 16:01

Das 700-Seelen-Dorf Santa María Ostula hat sich als eine der ersten Gemeinden Michoacáns zur bewaffneten Selbstverteidigung gegen die Drogenmafia entschlossen und besetzte 2009 den Küstenstreifen Xayakalan – gegen die Interessen lokaler Mafiabosse. Die daraufhin einsetzende systematische Verfolgung kostete 32 Bewohnern von Ostula das Leben, fünf weitere sind verschwunden. Der Bezirk Aquila ist reich an Bodenschätzen, insbesondere Eisen. Der in Lateinamerika führende Stahlproduzent Terbium S.A. besitzt in Aquila ein Eisenbergwerk, das nach Aussagen von Anwohnern bei der Verfolgung der indigenen Selbstverteidigung eine wichtige Rolle spielen soll.

Santa Verdía Zepeda, sowohl Anführer der Gemeindepolizei von Ostula als auch Generalkoordinator der Selbstverteidigungsgruppen der Küste von Michoacán, überlebte allein seit Dezember 2014 drei Mordanschläge. Er beklagt die mutmaßliche Komplizenschaft zwischen der lokalen Politik, der Bergbaugesellschaften und den Mafiagruppierungen an. Nun wirft ihm die mexikanische Regierung illegalen Waffenbesitz vor. Mehrere Anführer der Selbstverteidigungseinheiten und autonomen Gemeindepolizeien in den Bundesstaaten Michoacán und Guerrero wurden in jüngster Zeit festgenommen.

Laut Beobachtern wie dem Kolumnisten der Tageszeitung La Jornada, Julio Hernández López, ist der Angriff der Militärs in Ostula auch im Zusammenhang mit der Flucht des Drogenbarons Joaquín Guzmán zu sehen, welche die Regierung erneut bloß stellte: Präsident Enrique Peña Nieto "sieht die Notwendigkeit von Machtdemonstrationen, um dem Eindruck des Kontrollverlustes entgegenzuwirken", so Hernández López. Der kritische pensionierte General José Francisco Gallardo Rodríguez, der für die Forderung einer Ombudsstelle für Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Truppe von 1996 bis 2002 in Haft saß, kritisiert in einem Interview die Zunahme von Massakern durch Militärs und befürchtet, dass die fehlgeschlagene Strategie in der öffentlichen Sicherheit das Land "in Richtung eines Bürgerkriegs" führt.

[zum Beitrag bei Amerika21](#)

[Zurück zur Newsübersicht](#)